

# BVN e.V.

## Bürgervereinigung Nordend e.V.

1. Vorsitzender  
Thomas Seiffert

**Kontaktadresse:**

Friedhelm Ardelt-Theeck

Leuchte 35A

60388 Frankfurt/Main

Tel.: 06109 / 36751

Mobil: 0151-16559854

f.ardelt-theeck@molochautobahn.de

www.molochautobahn.de

### Rechenschaftsbericht 2008

Die Bürgervereinigung Nordend e.V. (BVN) setzte auch im Jahr 2008 ihr Bemühen um eine ökologische Verkehrspolitik fort, mit ihrem Ziel, die Lebensqualität in Frankfurt am Main und besonders im Stadtteil Nordend zu erhalten bzw. zu verbessern. Wie schon in den zurückliegenden Jahren legte die BVN besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen und Umweltverbänden. So arbeitete die BVN u.a. regelmäßig im Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn (AUA) mit. Die Bürgervereinigung Nordend e.V. übernahm dabei wieder einen erheblichen Teil der organisatorischen wie auch inhaltlichen Arbeiten. Neben den regelmäßigen BVN-Sitzungen und Teilnahme am monatlichen AUA-Plenum und dessen Organisation gehörten die Besuche von Stadtverordneten- und Ortsbeiratssitzungen sowie der Kontakt bzw. die Korrespondenz mit Parteien, Behörden ebenso zu den Aufgaben ihrer Vertreter wie auch wieder die Verantwortung für die Gestaltung und Aktualisierung bzw. Pflege der gemeinsamen Homepage des „Aktionsbündnis Unmenschliche Autobahn“ (AUA) und der BVN - die von bis zu 2000 Interessierten pro Monat genutzt wird - einschl. der regelmäßigen Versendung von Newslettern.

Folgende Aktivitäten und Ereignisse im Jahr 2008 sind besonders hervorzuheben:

Bereits Ende Januar fand die Hessische Landtagswahl 2008 statt. Dazu erarbeitete die BVN zusammen mit den anderen beteiligten Initiativen so genannte Wahlprüfsteine zum Autobahnbau im Frankfurter Osten Landtagswahl. Die Antworten der sich für den neuen Landtag bewerbenden Parteien wurde unter anderem Internet auf der eigenen Homepage [www.molochautobahn.de](http://www.molochautobahn.de) zur besseren Orientierung der Wähler veröffentlicht.

Im Frühjahr stellte schließlich die Stadt Frankfurt ein Gutachten zur Lärmbelastung an der Ostumgehung A 66/A 661 im Rahmen von Stadtverordneten- und Ortsbeiratssitzungen der Öffentlichkeit vor. Die BVN hatte letztendlich Erfolg in ihrem zähen Bemühen das Gutachten zur Verfügung gestellt zu bekommen und u.a. im Internet einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die drastischen Ergebnisse des Gutachtens führten dazu, dass sich der Ortsbeirat 4 zuständig für Bornheim wie auch das Stadtparlament schließlich auch für die Prüfung einer Einhausung aussprachen. In der Folge gab die Stadt Frankfurt eine Machbarkeitsstudie für eine Einhausung in Auftrag.

Noch Anfang Mai hatte die BVN in einer Presseerklärung im Namen des Aktionsbündnisses die berechtigte Frage gestellt, warum die Stadt Frankfurt und Land Hessen nicht gemeinsam vom zuständigen Bauträger dem Bund endlich die Einhausung verlangten.

Bereits Ende Mai zeigte sich das Land Hessen im Rahmen einer Pressemitteilung immerhin erstmals bereit, die Notwendigkeit eines zusätzlichen Lärmschutzes anzuerkennen und sich an der Finanzierung einer 6m hohen Lärmschutzwand für Bornheim entlang der A 661 zu beteiligen. EM25.5.08 A

Kurz zuvor hatten bereits die im Namen von mehreren direkten Anliegern der Autobahn mit Unterstützung der BVN und des AUA über den Rechtsanwalt noch im November 2007 gestellten Anträge an das Hessische Verkehrsministerium, mit der Forderung nach zusätzlichen Schutzmaßnahmen erste Wirkung gezeigt. In einer Stellungnahme zu den Anträgen hatte das Hessische Verkehrsministerium Lärmberechnungen entlang der Ostumgehung durchführen lassen und erstmals erhebliche Überschreitungen der geltenden Grenzwerte bestätigt und gleichzeitig die Wirkung einer 6m hohen Lärmschutzwand mituntersucht.

Im Oktober stellte schließlich das Ministerium die dazugehörigen Berechnungen dem Rechtsanwalt sowie den Antragstellern zur Verfügung. Die Ergebnisse dieser Untersuchung des Hessischen Amtes für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) mit den im Gegensatz zum städtischen Gutachten detaillierten Angaben zu den Belastungen für die einzelnen Stockwerke der anliegenden Gebäude Bornheims und der anderen betroffenen Stadtteile bestätigen in gleicher Weise die Einschätzung der BVN.

Nach Vorliegen beider Gutachten der Stadt Frankfurt wie auch des Landes Hessen gingen Experten der BVN daran, die beiden nun vorliegenden Gutachten zur Lärmbelastung durch die A 661 auszuwerten und die Ergebnisse miteinander zu vergleichen. Da beide Gutachten nur von 100 Km/h ausgehen und zudem die geplante Autobahnspange wie auch den Alleentunnel als Teilabschnitte der der Bundesfernautobahn A 66 Wiesbaden – Fulda quer durch Frankfurt verbunden mit dem Entstehen eines gigantischen Autobahnkreuzes außer Acht lassen, muss im Endeffekt von weit höheren Belastungen ausgegangen werden. Ihre Ergebnisse können praktisch als Beleg für die Notwendigkeit einer vollständigen Einhausung betrachtet werden, da sie zeigen, dass selbst eine 10m hohe Lärmschutzwand die höheren Stockwerke nicht ausreichend schützen können.

Die Ergebnisse der beiden Gutachten wie auch ein dazu erstellter Fragekatalog übergab die BVN ihrem RA und sollen nun einem externen Planungsbüro zur Bewertung vorgelegt werden.

Während Ende Oktober 2008 endlich die Ergebnisse zur Machbarkeitsstudie für eine Einhausung der A 661 im Verkehrsausschuss der Stadtverordnetenversammlung vorgestellt wurden und hinsichtlich der damit verbundenen hohen Kosten erst einmal für erhebliche Ernüchterung nicht nur in den Reihen der vertretenen Parteien sorgte, wurde bekannt, dass SPD und Grüne auf Landesebene in ihren Koalitionsvereinbarungen die Einhausung der Ostumgehung befürworteten und zur Finanzierung sich für eine Photovoltaikanlage über der Autobahn.aussprachen. EM31.10.08

Nachdem das Hessische Verkehrsministerium bereits im April 2008 in seiner Klageerwiderung gegenüber dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel die Klagebegründung der von BVN und AUA unterstützten Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss für die A 66 Tunnel Riederwald von 2007 in nicht nachzuvollziehender Weise lapidar zurückgewiesen hatte, setzte der VGH in Kassel Ende November den Termin für die mündliche Verhandlung der Klagen gegen den PFB A 66 Tunnel Riederwald und dem Autobahndreieck Erlenbruch für den 30. März 2009 fest.

Zu diesem Anlass hatte der Rechtsanwalt mit Einwilligung der BVN und des AUA ein Planungsbüro mit einer Stellungnahme zur Klageerwiderung des Hessischen Verkehrsministeriums beauftragt, welche wesentlicher Teil des zweiten Schriftsatzes zur Klagebegründung gegenüber dem VGH sein wird.

Das Entstehen und die Veröffentlichung des Gutachtens durch die Stadt Frankfurt und die Entscheidungen der Ortsbeiräte und des Stadtparlaments aufgrund dessen zugunsten einer Einhausung der A 661 kann sich die BVN zusammen mit dem AUA mit einiger Berechtigung auf ihre Fahne schreiben. Gleiches gilt ebenso für die Tatsache, dass u.a. die SPD-Bornheim noch im April zu einer Informationsveranstaltung zur Lärmbelastung durch A 661 einlud und sich ebenfalls für die Einhausung stark machte.

Auf zahlreichen Info-Ständen wie beispielsweise auf dem Wäldchestag im Riederwald, dem Riederwälder Schöfflestraßenfest, dem Rotlintstraßenfest im Nordend wie auch auf dem Kinderkulturfestival am Tag des Kindes im Ostpark informierte die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis über den jeweiligen Stand der Entwicklung der Diskussion um die Einhausung wie auch über die laufenden Anträge und Klagen für zusätzliche Schutzmaßnahmen. Gleichzeitig rief die BVN zusammen mit dem AUA die betroffene Bevölkerung dazu auf, den Klagefond für die Finanzierung der Klagen zu unterstützen.

Bereits im Juni hatte die Bürgervereinigung Seckbach e.V. zu einer Informationsveranstaltung zum Thema Einhausung mit einem Referenten der Bürgervereinigung Nordend eingeladen.

Mit dem Ziel eine Gesamtbelastungsstudie für das Rhein-Main-Gebiet zu erreichen, hatten unterschiedliche Umweltgruppen und Bürgerinitiativen unter Beteiligung der BVN und des AUA bereits im November 2007 das Netzwerk Umwelt-Klima-Verkehr ins Leben gerufen. So war die BVN zusammen mit dem Aktionsbündnis im Juni Gastgeber für eine gemeinsame Tagung im Frankfurter Osten.

Die Erfolge in der Debatte um die Einhausung bzw. die Zugeständnisse für zusätzlichen Lärmschutzmaßnahmen kann die BVN mit Fug und Recht als die schwer verdienten Früchte des jahrelangen unermüdlischen ehrenamtlichen Engagements ihrer Mitglieder ansehen. Ist es einerseits wichtig, zu sehen, dass die eigene investierte Arbeit nicht ohne Erfolg in der gesellschaftlichen bzw. öffentlichen Diskussion und Bewertung wie beispielsweise beim Autobahnbau im Frankfurter Osten bleibt, so ist es andererseits für das Selbstverständnis der BVN ebenso von nicht zu unterschätzender Bedeutung, dass die Ergebnisse der politisch wie auch juristisch durchgesetzten Gutachten im Wesentlichen die Befürchtungen bzw. der Erwartungen der BVN sowie des Aktionsbündnisses, was die zu erwartenden Belastungen anbelangt, bestätigten. Sie sind letzten Endes auch Beleg für die in fast 30 Jahren insbesondere in Verkehrs- und Umweltfragen erlangte fachliche Kompetenz ihrer Vertreter.

Trotz aller Erfolge zeigte sich in diesem Jahr auch die Kehrseite der Medaille. Trotz allem berechtigten Bemühens mussten die BVN-Mitglieder zusehen, wie mit 8-monatiger Verzögerung - bedingt möglicherweise auch durch die Proteste und die gestellten Anträge im Zusammenhang mit dem im November 2007 vollzogenen Spatenstich - bedauerlicher Weise im Sommer doch mit dem Bau der Brücken für den vorgesehenen Ausbau der Ostumgehung A 66/A 661 begonnen wurde. Gleichzeitig kam im Dezember auch die offizielle Finanzierungszusage des Bundes für den Bau der A 66 Riederwaldtunnel mit einem Volumen von insgesamt 174 Mio. Euro. Nichts desto trotz wird sich die BVN auch weiterhin für eine Umwelt gerechte Planung stark machen.

Frankfurt am Main, 10. Dezember 2009

Thomas Seiffert  
(1. Vorsitzender)